



„Schande über dich, Europa!“¹

Europa bekämpft nicht die Schleuser und die Menschenrechtsverletzungen in Libyen, sondern vielmehr die Flüchtlinge und diejenigen, die sie vor dem Ertrinken retten.

Von Heiko Kauffmann

Nachdem EU-Instanzen und verantwortliche Politiker über Monate vergeblich versucht hatten, die zivilen Seenotretter zu kriminalisieren, drückte man ihnen unter Missbrauch rechtsstaatlicher Grundsätze einen Verhaltenskodex auf, der ihre Rettungsarbeit nicht nur ungemein erschwert, sondern auch „einen Verstoß gegen Menschenrechtsverpflichtungen“ (UN) darstellt. Nun hat Libyen eigenmächtig – aber mit wohlwollender Akzeptanz der EU – seine Hoheitsgewässer erheblich ausgeweitet. In dieser „Search-and-Rescue“-Zone geht es nicht mehr um „suchen und retten“, sondern um „aufspüren und aufgreifen“. Flüchtlinge sollen umgehend in die Elends- und Gefangenenlager Libyens zurück verfrachtet werden.

Die EU hat Libyen über 220 Millionen Euro für den Kampf gegen Schlepper und „illegale Migration“ zugesagt, davon 46 Millionen für die weitere Aufrüstung der Küstenwache. Geld für eine zwielichtige Küstenwache – und für eine schwache Regierung, die der verbrecherischen und gewalttätigen Milizen im Land und in den Flüchtlingslagern nicht Herr wird, in denen auch nach Erkenntnissen des Auswärtigen Amtes KZ-ähnliche Zustände herrschen. Vor diesem Hintergrund ist auch die intensive Kooperation Deutschlands und anderer EU-Staaten mit der schwachen libyschen Einheitsregierung ein eklatanter Bruch von Völker- und Menschenrechten. Den Hilfsorganisationen blieb im August 2017 gar keine andere Wahl

¹ „Shame on you, Europe!“ – Diese Aufschrift trugen Banner, mit denen zivile Seenotretter auf der „Sea-Eye“ gegen die Ausdehnung der libyschen Hoheitsgewässer und die Sperrung zentraler Rettungsgebiete im Mittelmeer protestierten.

Über das DISS

Das **Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung** arbeitet seit 1987 zu brisanten gesellschaftlichen Entwicklungen, indem es die Genese von sozialen und kulturellen Ordnungen analysiert. Ziel ist es, damit emanzipative Ansätze für eine demokratische Praxis in Politik, Pädagogik und Journalismus zu fördern. Dabei stützt es sich vorwiegend auf die Methode der Kritischen Diskursanalyse, die im Rahmen der konkreten Forschungen beständig weiterentwickelt wird.

Das DISS gibt das DISS-Journal und die Edition DISS heraus. Jährlich veranstaltet das Institut ein Kolloquium, an dem Wissenschaftler*innen und Praktiker*innen aus verschiedenen Disziplinen teilnehmen. Außerdem unterhält das DISS ein Archiv mit Quellen zur Extremen Rechten. Das DISS finanziert sich über Drittmittel und über einen Förderkreis, der die Arbeit absichert und dabei hilft, die Grundkosten zu decken. Werden Sie jetzt Mitglied im DISS-Förderkreis! Mehr Infos: www.diss-duisburg.de

Über den Autor

Heiko Kauffmann ist Mitbegründer und war langjähriger Sprecher von PRO ASYL sowie ehemaliger Inlandsreferent von terre des hommes. Er fördert und unterstützt SOS MEDITERRANEE seit Gründung der Initiative und arbeitet seit mehr als 20 Jahren eng mit dem DISS zusammen.

Impressum

DISS-Journal, hg. vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) | Siegstr. 15
47051 Duisburg | Tel.: 0203/20249 | Fax: 0203/287881
E-Mail: info@diss-duisburg.de

Redaktion: Robin Heun, Margarete Jäger,
Siegfried Jäger, Helmut Kellershohn,
Jobst Paul, Rolf van Raden, Hans Uske

Layout und Satz: Rolf van Raden

Dieser Sonderdruck ist kostenfrei.



Foto: Patrick Bar / SOS MEDITERRANEE

als ihre Rettungsaktionen bis auf Weiteres einzustellen. Damit wurde „wieder einem Stück Menschlichkeit der Garaus gemacht“ („Der Tagesspiegel“, 21.08.17).

So sind die europäischen Regierungen ihrem Ziel ganz nahe gekommen, das sie seit Jahresbeginn gegen alle menschenrechtlichen Bedenken und gegen jede Humanität offen verfolgen und unter allen Umständen, mit allen Mitteln und um jeden Preis zu erreichen suchten: die Schließung der zentralen Mittelmeerroute für Flüchtlinge. **Eurozentrismus und institutioneller europäischer Rassismus siegen über Menschlichkeit. In der Geringschätzung von Menschenleben, der billigen Inkaufnahme des Todes von Flüchtlingen, manifestiert und offenbart sich die politische und moralische Signatur Europas im frühen 21. Jahrhundert.**

Dass in Europa anders gesprochen als gehandelt wird, wissen wir aus vielen hehren Beileids- und Betroffenheitsritualen der Politik nach jeder Schiffskatastrophe und jedem Todesfall im Mittelmeer: „Wir werden [...] alles tun, um zu verhindern, dass weitere Opfer im Mittelmeer vor unserer Haustür umkommen auf quälende Art und Weise. [...] Das vereinbart sich

nicht mit unseren Werten. [...] Wir sind es uns insgesamt selbst schuldig, dass wir hier mehr tun.“ (Bundeskanzlerin Merkel im April 2015, zitiert nach Reuters, 20. April 2015)

Im September 2016 verabschiedete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die ‚New Yorker Erklärung‘ zum Schutz von Flüchtlingen und Migranten, in der es u.a. heißt: „Wir bekunden unsere tiefe Besorgnis angesichts der großen Zahl von Menschen, die auf ihrem Weg ums Leben gekommen sind. Wir würdigen die Anstrengungen, die bereits unternommen wurden, um Menschen aus Seenot zu retten. Wir verpflichten uns, die internationale Zusammenarbeit zur Stärkung von Such- und Rettungsmechanismen zu intensivieren [...]“. **Die Staaten der EU und die Bundesregierung konterkarieren diese Verpflichtungen durch ihr praktisches Handeln**, das diesen hehren Worten und Bekundungen diametral widerspricht.

Zehntausende von Flüchtlingen begaben sich nicht auf die Flucht oder ertranken im Mittelmeer, weil Schlepper ihr Leid ausnutzten und sich an ihrem Elend bereicherten; sie gerieten in Lebensgefahr

oder ertranken, weil kein EU-Staat bereit war, sie legal einreisen zu lassen, sie aufzunehmen und sich ernsthaft und nachhaltig mit ihren Fluchtgründen auseinanderzusetzen. Die Toten im Mittelmeer waren Menschen, die sich mit nichts anderem nach Europa aufgemacht hatten als mit der Hoffnung auf eine gesicherte Lebensperspektive, die ihnen „daheim“ verwehrt worden war. **Sie hofften auf ein Leben in Sicherheit und Würde, das freilich von den EU-Innenministern und -Administratoren nach zweierlei Maß gemessen wird: Weil für Flüchtlinge, für Menschen anderer Herkunft, nicht gilt oder nicht gelten soll, was wir, was die „europäischen Werte“, was unsere Verfassungen unter Menschenwürde und Menschenrechten verstehen und schützen.**

Europa trägt durch Waffenlieferungen, durch die Unterstützung repressiver Regime und durch eine ungerechte Handels- und Wirtschaftsordnung mit dazu bei, dass Menschen ihre Länder verlassen müssen. **Vor diesem Hintergrund sind Maßnahmen militärischer Grenzsicherung, die Abschreckung von Flüchtlingen und Lager in Nordafrika keine Lösungen, sondern nichts anderes als Symptome rassistischer Abwehr** – der Missachtung auch der Freiheit und der Menschenwürde all derer, deren letzte Hoffnung in KZ-ähnlichen Lagern Libyens die Humanität Europas war.

Die Zivilgesellschaft ist heute gefordert, die kaltschnäuzige Heuchelei und Gewissenlosigkeit der Politik im Umgang mit Flüchtlingen im Mittelmeer anzuprangern, sich mit aller Kraft für den Aufbau einer zivilen europäischen Seenotrettung einzusetzen und dringend einen Diskurs über das Humanitätsverständnis Deutschlands und Europas, über Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenwürde im 21. Jahrhundert zu initiieren.

Weitere Informationen:

A close-up photograph of a person wearing an orange life jacket, pointing directly at the camera. The background is a blurred sea. The SOS MEDITERRANEE logo is overlaid on the right side of the image.

SOS MEDITERRANEE Deutschland e. V.
E-Mail: contact@sosmediterranee.org
Tel.: 030 - 2205 6810

Europäische Organisation zur Rettung Schiffbrüchiger
Spendenkonto: IBAN DE04 1005 0000 0190 4184 51
BIC BELADEXXXX

Die Opfer Europas und die Verantwortung der Staaten

Mit den Flüchtlingen versinken im Mittelmeer die Werte von Humanismus und Menschenrechten. Gefordert sind jetzt die Vereinten Nationen.

Von Heiko Kauffmann¹

Schon viel zu lange sind wir Zeugen einer der größten humanitären Katastrophen, einer der größten politischen und moralischen Herausforderungen unserer Zeit: des täglichen massenhaften Todes von Flüchtlingen an Europas Grenzen. Nach jeder neuen Tragödie hören wir Sätze von markiger Betroffenheit. Auf halbherzige Rettungsaktionen folgen fragwürdige und verantwortungslose Beschlüsse wie die Abschottung der Grenzen durch Zäune, Stacheldraht und Waffengewalt.

Um den Flüchtlingsschutz ist es weltweit nicht gut bestellt. Das Schutzniveau hat sich in den letzten Jahren noch einmal beträchtlich verringert. Dabei sind es vor allem die Staaten Europas – Länder also, die nach 1945 maßgeblich dazu beitrugen, das internationale Flüchtlingsschutzsystem zu begründen –, die heute die größten Hürden und Hindernisse aufbauen, um Flüchtlingen den Zugang zu ihrem Territorium, zum Asylrecht und in ein faires Verfahren zu versperren.

Das Mittelmeer als Kampfzone einer bis an die Zähne bewaffneten Allianz von Staaten gegen wehrlose Menschen auf seeuntauglichen Booten wird zum Symbol der Grausamkeit Europas und des Verlustes seiner menschlichen, angeblich europäischen Werte. Folge dieser Politik sind Tausende von Toten und Vermissten. Diese haben, insbesondere nach der Einstellung der italienischen Seenot-Rettungs-Operation Mare Nostrum im Oktober 2014 und neuerlichen furchterlichen Schiffskatastrophen mit Hunderten von Toten im April 2015, engagierte Bürgerinnen und Bürger der Zivilgesellschaft auf den Plan gerufen. In kurzer Abfolge gründeten sich in Deutschland Vereine wie SOS Mediterranee, Sea-Watch, See-

Eye, Jugend Rettet und weitere Initiativen. Sie sammelten Geld und Unterstützung und konnten ab dem Frühjahr 2016 die ersten Schiffe zur Rettung Schiffbrüchiger ins Mittelmeer entsenden. Die freiwilligen Helfer haben mit ihren Schiffen in mehreren hundert Einsätzen über 50.000 Menschen vor dem Ertrinken gerettet oder aus akuter Seenot geborgen und an Bord versorgt.

Seit Beginn dieses Jahrhunderts sind mehr als 25.000 Menschen bei dem Versuch gestorben, Europa über das Mittelmeer zu erreichen, über die Hälfte davon in den letzten dreieinhalb Jahren. **2014: 3.000 Tote. 2015: 3.600 Tote. 2016: 5.000 Tote. Bis Mai 2017: 1.500 Tote.** Ja, Europa entsendet auch Schiffe. Aber nicht, um vorrangig Menschenleben zu retten, sondern um „kriminellen Schleppernetzwerken“ den Garaus zu machen. Diese dienen nur als Vorwand, um die Augen vor den realen Ursachen der Flucht von Millionen weiterhin verschließen zu können.

Damit nicht genug: **Obwohl die zivilen Helfer mit ihren wenigen Booten inzwischen mehr als 40 Prozent aller**

Rettungsaktionen auf dem Mittelmeer bewältigen, geraten nun ausgerechnet sie selbst ins Visier der europäischen Abschreckungspolitik. So unterstellt ihnen FRONTEX-Chef Fabrice Leggeri, sie seien der Grund für den Anstieg von Flüchtlingszahlen (und somit auch der der Toten) im Mittelmeer. Sie würden Schlepper dadurch unterstützen, dass sie Flüchtlinge bereits in der Nähe der libyschen Hoheitsgewässer aufnehmen.

Dabei setzen die NGOs – allerdings mit weniger Kapazitäten – die Arbeit von Mare Nostrum fort und operieren auch nahe den libyschen Gewässern, wo es die meisten Seenotfälle gibt. Hingegen ist die Operation Triton, das europäische Nachfolgeprojekt von Mare Nostrum, auf Grenzkontrollen und Überwachung der Außengrenzen fokussiert und operiert nur nahe der italienischen Hoheitsgewässer.

Auf dem Gipfel von Malta am 3. Februar 2017 haben die EU-Regierungen politisch den Weg für die Schließung der zentralen Mittelmeerroute und für die „Überstellung“ der Flüchtlinge nach Libyen geebnet. **Nun soll und muss gegen**



Foto: Anna Psaroudakis / SOS MEDITERRANEE

¹ Erstveröffentlichung dieses Beitrags: Neues Deutschland, 10. Juli 2017.

diejenigen mobil gemacht werden, die dieses zynische und menschenverachtende Konzept durchkreuzen: die zivilen humanitären Helfer mit ihren Rettungsschiffen. Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass – kaum wurde der Verdacht von FRONTEX öffentlich und in den Medien laut – beflissene Staatsanwaltschaften eifertig tätig wurden und Ermittlungen wegen des Verdachts der Unterstützung illegaler Einwanderung und der Zusammenarbeit mit Schleppern aufnahmen. Der österreichische Außenminister Sebastian Kurz setzte noch eins drauf und erklärte die Seenotretter kurzerhand zu „Partnern der Schlepper“, forderte „das Ende des NGO-Wahnsinns“ und schlug Auffanglager „nach australischem Vorbild“ außerhalb der EU-Staaten, etwa in Libyen, vor. Auch nach diesen demaskierenden Vorschlägen gab es keinen Protest und entschiedenen Widerspruch der europäischen Partner.

Auch wenn die Kampagne gegen die zivilen Seenotretter im Untersuchungsausschuss des italienischen Senats juristisch zusammenbrach, kann sie doch für die Seenotrettungs-Organisationen gravierende Folgen haben; denn sie bezweckt, die zivilen Helfer und größere Teile der Öffentlichkeit zu verunsichern und den Spendenfluss einzudämmen. Überdies **bestärkt sie populistische, rassistische und auch kriminelle Gegner einer menschlichen Flüchtlingspolitik in ihrem gefährlichen Handeln – in ganz Europa.**

Am 23. Mai dieses Jahres, als über 1.000 Flüchtlinge von SOS Mediterranee und anderen zivilen Organisationen in einem heiklen Einsatz gerettet wurden, kam es zu einem bewaffneten Zwischenfall mit der libyschen Küstenwache, die Flüchtlinge bedrohte und das Leben Hunderter von Menschen in Gefahr brachte. Kurz zuvor hatten Rechtsradikale der sogenannten „Identitären Bewegung“ versucht, die „Aquarius“ in Sizilien am Auslaufen zu hindern. Nur durch das beherzte Eingreifen der Hafenbehörden von Catania konnte ihre freie Fahrt gesichert werden.

Menschen vor dem Ertrinken zu bewahren und aus maroden Booten zu retten, ist für eine Gesellschaft, die den Menschenrechten und der Menschenwürde verpflichtet ist, eine völkerrechtliche, rechtsstaatliche, humanitäre und moralische Pflicht, die Politik nicht ignorieren darf. Ein Blick auf die heutige, auf über 65 Millionen angewachsene Zahl von Flüchtlingen weltweit und auf die jeweiligen

radikalen nationalen und repressiven Abwehrstrategien gegen sie – in Europa, Australien, USA/Mexiko, Südostasien, Australien – verdeutlicht die ganze Dramatik der aktuellen Defizite, aber auch die jetzt dringend notwendigen humanitären und völkerrechtlichen Erfordernisse und Reformen in den Asylpolitiken der Staaten.

Angesichts des desaströsen Versagens der EU-Staaten in der größten humanitären Krise Europas nach Ende des Zweiten Weltkrieges sind heute – vor allen anderen – die Vereinten Nationen und ihr Generalsekretär als politische und moralische Führungsinstanz gefordert, sich dieser globalen Herausforderung zu stellen. Anknüpfend an die großen UN-Konferenzen der 90er Jahre des 20. Jahrhunderts könnten maßgebliche UNO-Organen und ihre wichtigsten Organisationen im Zusammenspiel mit kompetenten, bei ihr assoziierten oder mit Konsultativstatus ausgestatteten NGOs sowie mit einigen, von der humanitären Flüchtlingskrise besonders betroffenen Ländern (Griechenland, Italien, Türkei) und einigen gutwillig bereiten Staaten (Schweden, Deutschland?) einen breiten Dialog initiieren, der seine Wirkung nicht verfehlen würde.

Antonio Guterres war schon in seiner Amtszeit als Hochkommissar für Flüchtlinge bemüht, das Mandat des UNHCR an die Notwendigkeiten des 21. Jahrhunderts anzupassen. In der „Nansen-Initiative“, gelang es ihm 2012, mithilfe einer kleinen Gruppe von Staaten einen Konsultationsprozess auf Staatenebene einzuleiten, der nach Lösungen für grenzüberschreitend vertriebene Menschen sucht, die Opfer des Klimawandels geworden sind. Ein erster (gewiss bescheidener) Erfolg stellte sich 2015 ein, als mehr als 100 Staaten eine UN-Resolution unterstützten, durch Naturkatastrophen vertriebene Menschen besser zu schützen. Die UN-Weltkonfe-

renzen der 1990er Jahre (Weltklimagipfel, Weltkindergipfel, Menschenrechtskonferenz, Weltfrauenkonferenz u.a.) streben mit Blick auf das bevorstehende 21. Jahrhundert Zielvorgaben und Lösungen für die drängendsten Probleme der Weltpolitik an. Sie erarbeiteten unter starker Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Organisationen Aktionspläne, formulierten Entwicklungsziele und Perspektiven, die noch heute Gültigkeit haben und – bei allen Abstrichen und berechtigter Enttäuschung über die mangelnde Geschwindigkeit ihrer Umsetzung – auch gegenwärtig noch die Grundlage und den Maßstab jeder Weiterentwicklung und Neujustierung ihres Agenda-Themas bilden. Durch ein solches Empowerment einer stärkeren, auch institutionell verankerten Zusammenarbeit auf UN-Ebene könnte und sollte ein zwischenstaatlicher Prozess zwischen direkt betroffenen Ländern auch im Fall der Mittelmeer-Flüchtlinge eingeleitet werden.

Impulse dazu könnten im Vorfeld von einer „UN-Dekade zum Schutz von Flüchtlingen und zur Bekämpfung der sozialen, ökonomischen, ökologischen und politisch-institutionellen Fluchtursachen“ ausgehen. Die von der UN beschlossenen Dekaden dienen vor allem der intensiven Aufklärungs- und Informationsarbeit in allen Ländern. Ein entsprechendes Vorgehen würde auch die engagierten Bürger und die gesamte demokratische Zivilgesellschaft und nicht zuletzt die Seenotrettungshelfer in ihrem Einsatz für Demokratie und Menschenrechte stärken und ermutigen.

Im 20. Jahrhundert, dem „Jahrhundert der Flüchtlinge“, hat die Zivilisation ihre Prüfung nicht bestanden. Im Mittelmeer, an seinen Außengrenzen, am heutigen und künftigen Umgang mit Flüchtlingen wird sich erweisen, ob Europa die Prüfung des 21. Jahrhunderts besteht.

